

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 169/ 2020
Kiel, Mittwoch, 27. Mai 2020

Finanzen/Positionspapier der
Nord-Finanzminister

Annabell Krämer: Wir müssen die Wachstumskräfte der Wirtschaft stärken

Zum heute von den Finanzministern von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vorgestellten Positionspapier zur Sicherung der Investitions- und Innovationsfähigkeit für Länder und Kommunen erklärt die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Annabell Krämer:

„Wir begrüßen, dass die Nord-Finanzminister eine inhaltliche Debatte um die Ankurbelung der Wirtschaft und Hilfen für die Kommunen anstoßen. Für uns Freie Demokraten spielen öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung auch weiterhin eine zentrale Rolle für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Bund und Länder dürfen dabei nicht nur auf ihre eigene Investitionsquote achten, sondern müssen auch die Kommunen investitionsfähig halten. Die von Bundesfinanzminister Scholz vorgeschlagene Kompensation der diesjährigen Gewerbesteuerausfälle ist sicherlich eine geeignete Hilfsmaßnahme für unsere Städte und Gemeinden. Besser wäre aber eine strukturelle Stärkung der Kommunalfinanzen durch eine höhere Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen oder eine Entlastung von Kosten der Unterkunft durch den Bund. Der Umgang mit kommunalen Altschulden bleibt ein strittiger Punkt.

Dagegen lehnen wir den wirtschaftspolitischen Geist des Drei-Länder-Papiers ab. Es ist ein Irrglaube, dass staatliche Ausgabenprogramme aus der Krise führen. Stattdessen müssen wir die Wachstumskräfte der Wirtschaft stärken, beispielsweise durch steuerliche Anreize für private Investitionen und durch einen schlanken Staat, der wirtschaftliches Engagement erleichtert. Klimapolitisch sollten wir uns auf einen effizienten CO₂-Handel in Europa konzentrieren, anstatt die Bürger und Unternehmen mit immer mehr Anforderungen zu gängeln. Zudem hielten wir es für falsch, den Straßenbau bei zukünftigen Investitionen aus dem Fokus zu verlieren. Wir wollen nicht, dass der Ausbau des Schienenverkehrs mit einer Vernachlässigung der Straßen einhergeht. Wie wichtig ein leistungsfähiges Straßennetz ist, hat sich gerade in dieser Krise bei der Versorgung unsres Flächenlandes gezeigt.

Unser Ziel muss es nicht nur sein, die Innovations- und Investitionsfähigkeit von Ländern und Kommunen zu sichern, sondern auch der Wirtschaft. Dazu tragen auch, aber nicht nur öffentliche Investitionen in alle Bereiche der Infrastruktur bei.“